

spricht, ein Beitrag zu *längerfristiger Hilfe* in den von weiterer Ver-Wüstung bedrohten Sahel-Ländern sein könnte. Ende Juni wurde im Vatikan eine „Stiftung Johannes Paul II.“ errichtet, der die restlichen 20,5 Millionen DM aus dem deutschen Spendenaufkommen als Gründungskapital dienen. Die Stiftung hat ihren Sitz im Vatikan und wird von den Bischofskonferenzen der acht Sahel-Länder getragen. Vorsitzender des Stiftungsrates ist der Erzbischof von Ouagadougou (Obervolta), Kardinal *Paul Zoungrana*. In Ouagadougou wird auch ein Projektsekretariat der Stiftung errichtet. Die Mittel der Stiftung sollen für die Ausbildung vorwiegend, wenn nicht ausschließlich einheimischer Fachkräfte verwendet und im Sinn der Ouagadougou-Rede des Papstes für Langfristprojekte eingesetzt werden.

Die Gelder aus dem Spendenaufkommen verbleiben weiterhin in Deutschland. *Verfügungsberechtigt* sind aber allein der Stiftungsrat bzw. die in ihm vertretenen Episkopate der Sahel-Länder. Damit ist unseres Wissens zum erstenmal eine Einrichtung geschaffen, in der Spendengelder aus einer europäischen Kirche *allein* von einheimischen Stellen und nach deren Kriterien vergeben werden. Die Deutsche Bischofskonferenz, vertreten durch den früheren Geschäftsführer von Misereor, Weihbischof *Leo Schwarz* von Trier, wirkt nur beratend mit. Die deutschen Hilfswerke sind daran nicht beteiligt.

Fraglich ist, ob die Stiftung, die ihre Verwaltungsausgaben aus den Zinsen des Stiftungskapitals finanzieren will, zu Aktivitäten größeren Ausmaßes und damit zu wirklicher Hilfe in den betroffenen Ländern in der Lage ist. Es sind Bestrebungen im Gange, die *Kapitalbasis zu erweitern*. Es sollen „Freundschaftskreise“ der Stiftung gegründet werden. Der neue Präsident der päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*, der bisherige Erzbischof von Marseille, *Roger Etchegaray*, hat zur Verabschiedung aus seiner Diözese dort eine eigene Spendensammlung durchführen lassen und das Ergebnis der Stiftung zugeteilt. Beim Besuch

des Papstes in Viterbo wurde ebenfalls für die Stiftung gesammelt.

Die Frage wird lange offenbleiben, ob solche Sondereinrichtungen neben den bestehenden Hilfswerken und ihren Koordinierungsorganen tatsächlich langfristig angelegte Projekthilfe in größerem Ausmaß leisten können. Auch kann die jetzige Lösung die vielen ungunstigen Probleme nicht verdecken, die praktisch zu einer *Umwidmung* des Spendenaufkommens geführt haben. Aber durch die Stiftung ist eine Einrichtung geschaffen, der schon allein wegen der größeren Eigenständigkeit der einheimischen Träger in der Mittelvergabe Erfolg zu wünschen ist.

go

Europawahl

Das Ergebnis der Europawahlen vom 17. Juni ist wenig eindeutig und mit fast soviel Widersprüchlichkeiten und Absonderlichkeiten ausgestattet wie die zu wirklicher politischer Einheit nicht findenden Länder der europäischen Gemeinschaft selbst. Das liegt vor allem an dreierlei:

1. *fehlt es an einem gemeinsamen europäischen Wahlrecht*. Solange innerhalb der EG nach Länderwahlrecht gewählt wird, muß mit Überraschungen und Besonderheiten, die mit dem europäischen Parlament wenig, aber sehr viel mit nationalen Eigenheiten in einzelnen Ländern zu tun haben, gerechnet werden. So kam es zum Beispiel, daß die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten die beträchtliche Stärkung ihrer Fraktion in Straßburg vorwiegend Zugewinnen der Labour-Party und damit dem englischen Mehrheitswahlrecht zu verdanken haben.

2. *setzt die niedrige Wahlbeteiligung der Deutung des Ergebnisses enge Grenzen*. Auch wenn diese nach Ländern sehr unterschiedlich ausfiel, so war ein deutlicher Rückgang der Wählerbeteiligung gegenüber der ersten Europawahl 1979 einheitlich ausgeprägt und

betrifft selbst Länder mit Wahlpflicht wie Italien und Belgien. Von daher müssen auch Ergebnisse in einzelnen Ländern stärker relativiert werden. Die Antieuropäer haben zwar im Straßburger Parlament an Gewicht gewonnen. Aber daraus zu schließen, Antieuropatendenzen hätten sich in Ländern der EG insgesamt verhärtet, wäre zumindest voreilig. Sicher ist, daß in manchen Ländern, zum Beispiel in England, Dänemark, und zum Teil auch Frankreich, die Antieuropäer ihre Anhängerschaft stärker mobilisieren konnten als die europafreundlichen Parteien.

3. wurde nicht nur der Wahlkampf jeweils mit nationalen Themen geführt. *Auch das Ergebnis ist in den meisten Ländern unter nationalen Gesichtspunkten einschneidender als unter europäischen*. Dies gilt trotz manchem Anschein und der besonderen Probleme, die sich nach dem 17. Juni der FDP stellen und trotz der weiteren Zunahme der Grünen und der Verluste von Union und SPD nicht unbedingt für die Bundesrepublik. Im Grunde bestätigten sich hier vorhandene bzw. erwartete Trends. Einschneidender sind im Vergleich dazu schon die Ergebnisse in Frankreich und Italien: in *Frankreich* durch die hohen Verluste der Linksunion und die erstaunlichen Gewinne der Rechtsradikalen um *Le Pen*, in *Italien* durch die erstmalige, wenn auch sehr knappe Überholung der christlichen Demokraten durch die Kommunisten. Dabei dürften der italienischen Innenpolitik künftig weniger die durch den Tod *Enrico Berlinguers* begünstigte Zunahme der Kommunisten als die entschieden bestätigte Schwäche der Christdemokraten zum eigentlichen Problem werden.

Auf europäischer Ebene interessant ist vor allem zweierlei: 1. Das *Protestpotential* in traditionellen wie in neuen Formen scheint zuzunehmen. Die Grünen in der Bundesrepublik sind nur eine Variante davon. 2. Die *regierenden Parteien* (gleichgültig ob sozialistisch, christdemokratisch oder konservativ) haben in fast allen Ländern Europas (mit Ausnahme Griechenlands) verloren. Insofern ist die zweite Europawahl tatsächlich zu einer *Denkzettelwahl* geworden.

se